

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (022 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 ppbn d

## Inhalt

Helmut Schmidt MdB, Bundeskanzler und stellvertretender SPD-Vorsitzender, würdigt das zehnjährige Jubiläum der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler.

Seite 1/2

Hans-Jochen Vogel MdB, Bundesjustizminister und SPD-Präsidiumsmitglied, zieht eine Zwischenbilanz aus zehn Jahren sozialliberaler Rechtspolitik: Rechte, Pflichten und Chancengerechter verteilt.

Seite 3/4

Gerhard Schröder, Juso-Bundvorsitzender, sieht in der Freilassung Bahros und Hübners einen Erfolg internationaler Proteste: Notwendige Kritik rational und ohne Diffamierung.

Seite 5/6

Dokumentation: Brief von Olaf Schwencke MdB/MdEP an Bundestagspräsident Stücklen wegen der Kunstlosigkeit des Berliner Reichstages.

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (022 21) 812-1

34. Jahrgang / 202

19. Oktober 1979

Anlaß zu danken

Zum zehnjährigen Jubiläum der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler

Von Helmut Schmidt MdB  
Bundeskanzler und stellvertretender SPD-Vorsitzender

Am 21. Oktober liegt der Tag zehn Jahre zurück; an dem Willy Brandt zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler der Bundesrepublik gewählt wurde. Das ist ein Anlaß, Willy Brandt zu danken.

Willy Brandt hat mit Mut, Geschick und Beharrlichkeit, mit Weitsicht und einem zutiefst menschlichen Engagement die Weichen für eine neue und erfolgreiche Periode deutscher Politik gestellt. Er hat während seiner Kanzlerschaft Meilensteine für die deutsche Politik gesetzt.

Schon als Außenminister der Großen Koalition brachte Willy Brandt Bewegung in eine Phase stagnierender deutscher Außenpolitik. Als Bundeskanzler hat er dann ab Oktober 1969 zusammen mit Walter Scheel in einer sozialliberalen Koalition eingeleitet, was in der deutschen Geschichte mit seinem Namen verbunden bleiben wird: die Friedenspolitik. Willy Brandt hat das über Jahrzehnte lang aufgetürmte Mißtrauen unserer Nachbarn im Osten überwunden und zugleich in unserem Land die Mehrheit der Bürger für die Friedenspolitik gewonnen. Mit dieser Politik des Ausgleichs und der Versöhnung ist Vorbildliches - auch für die Lösung anderer Konflikte - gelungen. Uns hat diese Politik neue Freunde in aller Welt gebracht.



Wenn die Bundesrepublik heute eine viel beachtete, gewachsene Verantwortung in der Welt-politik trägt, dann hat sie das im wesentlichen den wegweisenden Entscheidungen Willy Brandts und dem durch ihn gewonnenen Spielraum zu verdanken.

Jeder Politiker macht die Erfahrung, daß in der öffentlichen Debatte Geleistetes weni-ger zählt als kritisierte Begleiterscheinungen oder noch anstehende Probleme. Diese Erfahrung gilt vor allem für die innenpolitischen Reformen, die zur Zeit der Kanzler-schaft Willy Brandts auf den Weg gebracht worden sind. Es bleibt aber richtig und wichtig: Die sozialliberale Koalition hat unter der Führung Willy Brandts zu Beginn der 70er Jahre die innenpolitische Stagnation überwunden.

Es sind Verbesserungen durchgesetzt worden, die mit Recht den Namen Reformen verdienen. Zu denken ist dabei an das neue Betriebsverfassungsgesetz, an die Regelung des Mie-terschutzes, die Einführung der flexiblen Altersgrenze, die trotz aller Kritik wich-tigen Ansätze in der Bildungsreform, an den von der sozialliberalen Koalition erstma-lig begonnenen Umweltschutz und an die schon vom ehemaligen Justizminister und späte-ren Bundespräsidenten Heinemann eingeleiteten Reformen im Rechtswesen. Gerade die Be-nachteiligten in unserer Gesellschaft, vor allem aber die breiten Schichten der Arbeit-nehmer in unserem Land haben in dieser Periode viel gewonnen.

Daß unserem Land im Gegensatz zu vielen anderen Länder der soziale Friede erhalten geblieben ist, daß es hierzulande im wesentlichen gelungen ist, die verschiedenen Gruppen zu integrieren, ist das Verdienst des mutigen Schritts Willy Brandts und Walter Scheels im Jahre 1969: eine Koalition der Erneuerung einzugehen, auch wenn die zahlenmäßige Basis dieser sozial-liberalen Partnerschaft schmal war.

Das Vertrauen in den ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler ist auch heute eine Grundlage unseres Handelns. Die sozial-liberale Koalition verfügt auch heute nicht über sehr breite Mehrheiten - aber sie verfügt über zehn Jahre der Erfahrung gemein-samer, partnerschaftlicher, erfolgreicher Arbeit. Das ist sehr viel!

(-/19.10.1979/hi/ca)

+ + +



## Rechte, Pflichten und Chancen gerechter verteilt

-----  
Zehn Jahre sozialliberale Rechtspolitik - Eine Zwischenbilanz

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesjustizminister und Mitglied des SPD-Präsidiums

Am 21. Oktober besteht die sozialliberale Koalition zehn Jahre. Der Tag gibt Anlaß, auf dem Gebiet der Rechtspolitik eine Zwischenbilanz zu ziehen. Zunächst: Die Rechtspolitik dieses Dezeniums verstand sich - wie die sozialliberale Politik überhaupt - als Reformpolitik, die eines langen Atems bedarf: Reformen fordern Geduld, auf Phasen der Erneuerung müssen Phasen der Konsolidierung folgen, in denen das neue Recht im Bewußtsein der Menschen Wurzeln schlagen kann.

Blickt man auf die vergangenen zehn Jahre zurück, so ergibt die Bilanz, daß unsere Rechtsordnung in diesem Jahrzehnt wie selten zuvor so grundlegend und auf breiter Front erneuert worden ist. In dieser Zeit griff die sozialliberale Rechtspolitik auf und führt fort, was Gustav Heinemann schon in den vorangegangenen Jahren begonnen hatte. Die wichtigsten Änderungen haben sich dabei auf den Gebieten des Strafrechts, des Familienrechts, des Verbraucherschutzes und des Verfahrensrechts vollzogen. Wollte man für jedes Gebiet den jeweils bedeutsamsten Wandel umreißen, so wäre dies

- für das Strafrecht die Betonung des ultima-ratio - Charakters staatlichen Strafens und die Hinwendung zum Gedanken der Resozialisierung;
- für das Familienrecht die schrittweise weitere Durchsetzung der Gleichberechtigung und der Partnerschaft sowie die Anerkennung der sich in einem Entwicklungsprozeß entfaltenden Grundrechtsmündigkeit des Kindes und des jungen Menschen;
- im Verbraucherschutz der Übergang von der formellen Rechtsgleichheit zur inhaltlichen Chancengleichheit;
- bei der Prozeßordnung die stärkere Berücksichtigung des Gedankens der Verfahrensbeschleunigung.

Im einzelnen gehören zu den Gesetzesmaßnahmen

- o im Bereich des Strafrechts das Zweite Strafrechtsreformgesetz und das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch; erinnert sei auch an die Reform des § 218 und an das Erste Gesetz



zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und an das Strafvollzugsgesetz mit dem Zeitgedanken, daß eine Senkung der Rückfallquote entlassener Straftäter der beste Schutz des Bürgers vor neuen Straftaten sei;

- o im Familienrecht vor allem die Reformen des Ehe- und Ehescheidungsrechts und des Adoptionsrechts sowie die Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge;
- o ein stärkerer Verbraucherschutz etwa durch das Gesetz über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, das Gesetz über den Reisevertrag und die Reformen des Abzahlungsgesetzes;
- o im Verfahrensbereich die sogenannte Vereinfachungsnovelle, das Gesetz zur Änderung der Revision in Zivilsachen, das Strafverfahrensänderungsgesetz und das Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung von 1978.

Die Rechtspolitik der vergangenen zehn Jahre war evolutionär, sie war Frucht breiter Diskussionen und sie war über den sozialliberalen Bereich hinaus konsensfähig und in aller Regel von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen. So wurden beispielsweise die Strafrechtsreform, das AGB-Gesetz, die Vereinfachungsnovelle, das Strafverfahrensänderungsgesetz 1979 sowie das Zweite Wohnraumkündigungsschutzgesetz einstimmig, das neue Eherecht mit breiter Mehrheit verabschiedet.

Gleichwohl hat die Rechtspolitik nie ihre sozialdemokratischen Wurzeln geleugnet. Gewiß: Nicht alle sozialdemokratischen Vorstellungen konnten voll verwirklicht werden. Kompromisse und Zugeständnisse waren selbstverständlich notwendig.

Indes: Keine Novelle widersprach dem Selbstverständnis sozialdemokratischer Rechtspolitik, jede enthielt in ihrer Substanz wesentliche Elemente dieser Politik. Das Godesberger Programm sagt ausdrücklich von den Gesetzen, daß sie in der Rechtsidee, das heißt aber, der Gerechtigkeit zu dienen haben: "Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken soll der Staat zum Kulturstaat werden."

Für die "zeitgerechte" Entfaltung der Rechtsidee, von der Adolf Arndt sprach, gibt das Grundgesetz Inhalt und Richtung an. Die Verwirklichung des Grundgesetzes und die Verwirklichung des Godesberger Programms dort, wo das Grundgesetz Raum für seine Ausfüllung wie für seine Interpretation läßt - dies sind die Bezugspunkte der bisherigen wie der künftigen sozialdemokratischen Rechtspolitik. Sie will eine Ordnung verwirklichen, die als obersten Wert die Würde des Menschen anerkennt und die ernst macht mit den Postulaten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität.

Zieht man aus der sozialliberalen Rechtspolitik von zehn Jahren eine Summe, so läßt sich dies am besten mit der Feststellung umschreiben: Nicht nur die geschriebene Verfassung, auch die Verfassungswirklichkeit läßt Raum zu friedlichen, evolutionären Veränderungen. Politischer Wille muß nicht nur reagieren, er kann auch gestalten. Er kann bewirken, daß Rechte, Pflichten und Chancen gerechter verteilt werden. Das läßt auch für die Zukunft hoffen.

(-/19.10.1979/hl/ca)



## Erfolg der internationalen Protestbewegung

-----  
Notwendige Kritik rational und ohne Diffamierung

Von Gerhard Schröder

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD

Rudolf Bahro und Niko Hübner sind frei. Das ist zu allererst Anlaß, sich zu freuen. Gefangen zu sein, gleich in welchem Land mit welcher politischen Ordnung, bedeutet für den Betroffenen Isolation, heißt für ihn Leiden, zumal dann, wenn die Ursachen der Gefangenschaft politischer Natur sind.

Darüber hinaus besteht Anlaß, über die Ursachen der Freilassung und über die politische Perspektive, die mit der Entscheidung der DDR-Behörden verbunden ist, nachzudenken.

Was immer Rudolf Bahro und Niko Hübner tun werden, es wird, jedenfalls zunächst, von einiger politischer Relevanz für uns alle sein.

Aus den Äußerungen von Niko Hübner ist rasch klar geworden, daß er mit dem real existierenden "Sozialismus" gebrochen hat. Er ist in der Gefahr, zum Kronzeugen gegen die Entspannungspolitik mißbraucht zu werden, die seine Freilassung erst möglich gemacht hat. Sowohl er, wie wir alle, werden mit derartigen Kampagnen leben müssen, aber auch leben können.

Rudolf Bahro's Äußerungen nach seiner Freilassung sind viel differenzierter. Das macht sie politisch interessant. Eines ist sogleich deutlich geworden: Rudolf Bahro wird sich politisch nicht vermarkten lassen. Er läßt sich nicht in Dienst nehmen, gleich für welche Gruppierung. Das ist gut so, weil alles andere seine Glaubwürdigkeit berühren würden.

Seine Freilassung ist sicher ein Erfolg der internationalen Protestbewegung, organisiert vor allem vom Berliner Bahro-Komitee, unterstützt aber auch von den Jungsozialisten und der SPD.

Wäre die DDR indessen das System, als das Franz Josef Strauß sich beeilt, sie darzustellen, hätte der internationale Protest gegen die Inhaftierung von Bahro und Hübner wohl kaum etwas ausrichten können. Mit starken Worten, das zeigt die geschichtliche Erfahrung, ist da wenig zu machen.



Wenn Bahro und Hübner freigelassen worden sind, so wird darin auch der Unterschied zwischen Systemen des Stalinismus und den autoritär strukturierten Gesellschaften des real existierenden "Sozialismus" sichtbar. Im Stalinismus bedeutet jede Form der Kritik psychische und physische Vernichtung. In Gesellschaften wie der der DDR wird Kritik, auch wo sie von Kommunisten kommt, zwar brutal unterdrückt, jedoch nicht mehr mit der totalen Vernichtung der Kritiker beantwortet. Dieser Unterschied ist zunächst für die wichtig, die in der DDR die dortigen Zustände kritisieren. Er ist aber auch wichtig für jene, die dies als Sozialisten von außen tun.

Die Freilassung zeigt, daß die DDR auf internationalen Protest, zumal wenn er von Sozialisten organisiert wird, reagiert. Dies liegt in der Logik ihrer eigenen Politik nach außen, die auf internationale Anerkennung gerichtet ist, aber auch in der Logik ihres Selbstverständnisses.

Gleichwohl wäre es falsch, anzunehmen, daß damit ein Druckmittel gegen die DDR existiert, das zu jedem Zweck und in jedem Fall angewandt werden kann.

Wenn die internationale Protestbewegung den Unterschied zwischen Stalinismus und dem System der DDR vernachlässigt hätte, dann wäre ihr Protest folgenlos geblieben. In bezug auf die DDR und ähnlich strukturierte Gesellschaften ist daher nicht Diffamierung, sondern Dialog - die Voraussetzung dafür, das Verhalten der Herrschenden gegen Kritiker zu ändern und so den Spielraum der dortigen Opposition zu erweitern.

Dies heißt nicht, die Kritik am real existierenden "Sozialismus" zu vernachlässigen, sondern sie rational und ohne Diffamierung zu leisten. Dies heißt auch, daß die Kritiker von außen immer wieder deutlich machen, daß sie sich gegen jede gewaltsame Intervention wenden werden.

Diese Erkenntnis ist der Ansatz der Entspannungspolitik. Allein die Entspannungspolitik hat die Voraussetzungen auch für die Entscheidung über die Freilassung von Bahro und Hübner geschaffen. Sie muß daher weitergeführt werden.

Als Sozialisten haben wir indessen darauf zu achten, daß der Dialog mit den osteuropäischen Staaten nicht formalisiert wird und Kritik als Störung des Dialogs empfunden wird. Wird nämlich der Dialog mit der DDR und anderen als Dialog zwischen Regierungen formalisiert, könnte die Kritik als lästig empfunden werden und auf der Strecke bleiben. Das würde niemandem nutzen, am allerwenigsten der sozialistischen Opposition in den osteuropäischen Staaten.

(-/19.10.1979/hi/ca)



D O K U M E N T A T I O N

Olaf Schwencke, SPD-MdB und Mitglied des Europäischen Parlaments, hat Bundestagspräsident Richard Stücklen folgenden Brief zur Kunstlosigkeit des Berliner Reichstages geschrieben:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich habe in der vergangenen Woche an der Kultur-Sitzung des Innenausschusses im Deutschen Reichstag in Berlin teilgenommen.

So positiv mich bei jedem Besuch immer wieder die außergewöhnlich gute politische Ausstellung, nämlich unsere "Fragen an unsere Geschichte", stimmt, so unbefriedigt empfindet man seine Existenz in den kargen Sitzungs- und Tagungsräumen des Reichstages: in ihrer fast totalen Kunstlosigkeit sind sie deprimierend; sie sind trostlos in ihrer Häßlichkeit.

Auch wenn ich die Ästhetik in den Räumen des Abgeordneten-Hochhauses nicht gerade faszinierend empfinde, so sind diese Räumlichkeiten doch allesamt ein künstlerischer Genuß - verglichen mit den tristen Sälen im Reichstag in Berlin.

Ich empfinde es als peinlich, insbesondere auch unseren in- und ausländischen Besuchern gegenüber, daß wir in solchen Räumen arbeiten müssen: der Geschichte des Deutschen Reichstages, der Überlieferung unserer an sich schon bescheidenen parlamentarisch-demokratischen Tradition und nicht zuletzt uns selbst als Vertretern des Volkes sind wir es schuldig, uns auch der Kunst und ihrer zeitgenössischen Interpretation zu bedienen und sich ihr zu stellen. Der Reichstag in Berlin gibt dazu keine Gelegenheit - ihm fehlt nichts so sehr wie Kunst!

Es wäre nicht schwer, den einen und anderen begabten Künstler aus Berlin oder der Bundesrepublik aufzufordern, Vorschläge zur Gestaltung der Räume im Reichstag durch Farbe, Dekoration und Kunstwerke der Gegenwart zu machen; mit dem einzigen Ziel: den Reichstag lebens- und liebenswert zu gestalten!



Jeder Flughafen übrigens, oder selbst ein Bahnhof wie der restaurierte und erweiterte Hannoversche bietet heute mehr künstlerische Qualität als der Reichstag in Berlin.

Es wäre durchaus den Schweiß unserer besten Künstler wert, sich an einem Programm zur Gestaltung der Innenräume des Reichstages zu beteiligen. Damit wäre zugleich die Kunst der Gegenwart dort manifestiert, wo die Politiker, jedenfalls zeitweise, ihren Arbeitsort haben.

Ich schreibe Ihnen diesen Brief als jemand, der sich als Bundestagsabgeordneter auch mit Fragen der Kunst und Kultur befaßt. Auch wenn Ich vielleicht dadurch stärker andere Kolleginnen und Kollegen ästhetisch sensibilisiert bin, so denke ich doch, daß die große Zahl der Mitglieder des Bundestages bewußt oder unbewußt an der Tristness der Reichstags-Räume leidet. Im übrigen haben wir insgesamt auch als Bundestag im Reichstag zu Berlin eine gewaltige kunstpolitische Aufgabe vor uns: sie kann und darf sich nicht in zeitweiliges "Verpacken" des Reichstages, was ich im übrigen begrüßen würde, erschöpfen. Eine künstlerische Verbesserung der Räumlichkeiten im Reichstag ist für mich auch so etwas wie eine Erhöhung von Lebensqualität. Diese käme ja nicht nur den Abgeordneten zugute, sondern auch den in- und ausländischen Experten und Gremien, die dort, wie vor wenigen Jahren das Europarats-Symposium zum Denkmalschutz, tagen.

Ich würde mich sehr freuen, sehr verehrter Herr Präsident, wenn Sie meine Anregung aufgriffen und wenn von Ihnen ein Anstoß ausginge zur inneren Neugestaltung des Reichstages. Dieser Aspekt gemeinsamer Berlin-Politik könnte im übrigen auch einen Beitrag liefern zur Auseinandersetzung breiterer Schichten unserer Bevölkerung mit der Kunst der Gegenwart. So etwas hat noch nie der Gesellschaft geschadet.

Ich bin mit freundlicher Begrüßung,

Olaf Schwencke

(-/19.10.1979/vo-he/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

